

Heikel

Die Kontroverse um das rechte Erinnern ist neu entflammt

Applaus. *Martin Walser* hat soeben seine Dankesrede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels beendet und wird beklatscht. Nicht weil es die Etikette so vorsieht, sondern weil die allermeisten der Zuhörer ihre Zustimmung äußern wollen: Walser hat in seiner Rede Mitte Oktober davor gewarnt, das Erinnern in Routine und Ritualen aufgehen zu lassen.

Erst als *Ignatz Bubis*, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, den Schriftsteller wenige Tage später heftig angreift und als „geistigen Brandstifter“ bezeichnet, beginnt man den Text des Festvortrags nachzulesen. Und tatsächlich finden sich etliche Formulierungen, die für sich genommen, stützen lassen. Aber es ist richtig, daß sich Walser für eine „Kultur des Wegschauens“ ausspreche, wie Bubis ihm wiederholt – unter anderem auch auf der Gedenkfeier zum 9. November – vorwirft?

Fest steht: Unmißverständlich spricht Walser in seiner Rede davon, daß kein ernstzunehmender Mensch Auschwitz leugne, kein zurechnungsfähiger Zeitgenosse an der Grauenhaftigkeit herumdeutele, daß Auschwitz Schuld und Schande bedeute. Keinen Zweifel kann es auch daran geben, daß Walser dem Erinnern an die Verbrechen und die mit ihnen verbundenen Leiden eine grundsätzlich positive Funktion zuerkennt.

Das Problem, um das es im Kern geht, ist die Frage der Dosierung von Erinnerungsritualen, um eine Abstumpfung zu vermeiden und nicht dem Verdrängen Vorschub zu leisten – wie Bundespräsident *Roman Herzog* in seiner Rede zum 9. November mit Recht eingewandt hat. Grundsätzlich droht, daß der, der sich immer und je-

derzeit an zu vieles erinnern will, der Wucht der Erinnerung nicht standhalten kann: Wer sich zu sehr auf die Vergangenheit fixiert, behindert sich möglicherweise selbst bei dem Versuch, in der Gegenwart die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit sich das Grauen nicht wiederholen kann.

Das ritualisierte Erinnern und Trauern, so bedeutsam Rituale für die Gesellschaft sind, kann zu einer rein äußerlichen, im schlechten Sinne formelhaften Pflichterfüllung werden. Es mag paradox klingen, aber das Entscheidende ist die Erinnerung, nicht, daß der Pflicht zur Erinnerung genüge getan wird. Wer an das Gewissen appellieren will, muß zumindest darum wissen, daß gerade ein solcher Appell auch Abwehrreaktionen hervorrufen kann.

Und gibt es nicht tatsächlich hier und da eine „Instrumentalisierung von Auschwitz“? Bubis selbst hat beklagt, daß der US-amerikanische Anwalt *Ed Fagan*, der ehemalige Zwangsarbeiter wortgewaltig gegen europäische Firmen vertritt und sich dies teuer bezahlen läßt, den Holocaust für seine Zwecke nutze (Frankfurter Rundschau, 19.10.98). Nicht übersehen werden darf die Gefahr, „Auschwitz“ reflexartig wie eine Chiffre zu verwenden, mit der bestimmte eigene Interessen rhetorisch effektiv eingebracht werden können, ohne daß das Gedenken der Opfer im Mittelpunkt steht.

In seinem Werk und mit seiner Rede in Frankfurt hat sich Walser darüber hinaus der hermeneutischen Problematik gestellt, daß es im nachhinein vergleichsweise einfach ist, über die Vergangenheit zu urteilen. Seit Jahren und jüngst in einem Interview in der „Zeit“ (8.10.98) kämpft der nationalistischer Umtriebe mehr als unverdächtige Philosoph *Paul Ricœur* darum, bei der Bewertung geschichtlicher Fakten auch die Sichtweise der historischen Akteure hinzuzuziehen, um der Geschichte ihre „Ungewißheit“ zurückzugeben. Sonst könne es, wie er mit Blick auf Frankreich kritisiert, zu einem Mißbrauch der Erinnerung kommen. So wichtig diese Einwände sind, und so

richtig es ist, daß die heikle Debatte um das rechte Erinnern erst noch zu führen ist. Walsers Worte haben die Kontroverse der vergangenen Wochen ausgelöst. Vergebens hat er gehofft, daß seine Thesen als das aufgefaßt werden, was sie eigentlich sind: nur zum Teil vorsichtig geäußerte Zweifel an der Authentizität der bundesdeutschen Erinnerungskultur, wie sie sich ihm im Gespräch mit sich selbst aufdrängen.

Seine Rede war jedoch eine öffentliche Meinungsäußerung und muß sich deshalb an den Maßstäben der gesellschaftlichen Diskussion messen lassen. Und da fällt auf, daß manche von Walsers bewußt provozierenden Worte dazu benutzt werden können, gegen jedes Erinnern und für ein böswilliges Vergessen und Verdrängen zu polemisieren. Auschwitz ist die Zäsur deutscher Geschichte. Jeder Ruf nach Normalität von den Nachfahren der Täter bleibt deshalb eine höchst verdächtige Forderung. Man muß dem Dichter mangelnde Behutsamkeit vorwerfen. An der Notwendigkeit, die von Walser vorgetragenen Bedenken ernst zu nehmen, ändert dies freilich nichts. so

Minderheit

Die neue Bundesregierung und ihr Verhältnis zu den Kirchen

„Die Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften als wichtige Kräfte des kulturellen, politischen und sozialen Lebens werden wir fördern und fortsetzen. Wir begrüßen den Dialog der Religionsgemeinschaften untereinander und ihre Bereitschaft, zu den brennenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltungsfragen mit Anregung und Kritik beizutragen“.

Das sind die Aussagen zum Thema Religion und Kirche in der Regierungserklärung, die Bundeskanzler *Gerhard Schröder* am 10. November im Deutschen Bundestag vortrug. Die

Kirchen und Religionsgemeinschaften werden ausschließlich in ihrem Beitrag zu Politik, Kultur und gesellschaftlichem Zusammenleben gewürdigt; das rechtliche Beziehungsgeflecht von Staat und Kirche bzw. Religionsgemeinschaft findet ebensowenig Erwähnung wie die Bedeutung der Kirchen als Anwälte eines letzten Sinns oder des Transzendenzbezugs von Mensch und Gemeinwesen.

Um einiges ausführlicher als der Kanzler hatte sich allerdings zehn Tage vor der Regierungserklärung die Bundesministerin für Bildung und Forschung, *Edelgard Bulmahn*, in ihrem Grußwort namens der Bundesregierung vor der Tagung der EKD-Synode (vgl. ds. Heft, S. 604f.) geäußert. Die Ministerin sprach vom bewährten Staat-Kirche-Verhältnis in Deutschland und nannte einschlägige Grundelemente: Glaubens- und Gewissensfreiheit, weltanschauliche Neutralität des Staates, Selbstbestimmungsrecht und Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen. Im nächsten Abschnitt ihres Grußwortes tauchten dann auch die beiden Sätze der Regierungserklärung zu Kirchen und Religionsgemeinschaften wörtlich auf.

Es wäre nicht seriös, würde man aus diesen Aussagen in die eine oder andere Richtung weitreichende Schlüsse für das Verhältnis der neuen rot-grünen Bundesregierung zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften im allgemeinen und zur *katholischen Kirche* im besonderen ziehen. Hier müssen sich die Dinge in den kommenden Wochen und Monaten erst einspielen. Es ist allerdings jetzt schon in aller Nüchternheit festzuhalten, daß sich die personelle Konstellation im Blick auf die Kirchen zwischen bisheriger und neuer Bundesregierung deutlich geändert hat.

Die Richtlinienkompetenz in der Bundesregierung hat von dem praktizierenden und mit seiner Kirche verbundenen Katholiken *Helmut Kohl* zum kirchenfernen Protestanten *Gerhard Schröder* gewechselt. In einem „Kirchenbrief“ Schröders, der für sein Wahlkampfbuch „Und weil wir unser

Land verbessern“, vorgesehen war, dann aber nicht in die veröffentlichte Fassung aufgenommen wurde, hatte dieser u. a. geschrieben, er sei kein kirchlicher Mensch und habe keine „letzte Gewißheit“: „Frommes Reden ist nicht meine Sache. Das heißt nicht, daß ich mit der Kirche fertig bin. Oder mit dem Glauben.“

Der neuen Bundesregierung gehören zwar etliche Katholiken an, allerdings keine, die sich bisher durch kirchliches Engagement hervorgetan haben. Der klassische Sozial- und Verbandskatholizismus ist überhaupt nicht mehr vertreten. Die evangelische Komponente im Kabinett ist demgegenüber stärker ausgeprägt. Aber insgesamt spiegelt die neue Regierung einigermaßen repräsentativ die religiös-kirchliche Gesamtsituation: Kirchenverbundene Christen sind in Deutschland längst eine Minderheit, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen.

Die SPD war in den vergangenen Jahren durchweg um ein möglichst störungsfreies Verhältnis zu den großen Kirchen bemüht und hat im Bundestagswahlkampf gern mit Sätzen aus dem Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage argumentiert. Die Grünen, aus deren Reihen unterschiedliche Signale in Richtung Kirche kommen, haben in der Koalitionsvereinbarung massiv zurückstecken müssen, gerade bei programmatischen Anliegen, aufgrund derer ihnen manche Sympathien im kirchlichen Bereich gehören.

Die in die Opposition verwiesene CDU wiederum wird bei ihrer jetzt anstehenden Grundsatzdiskussion um die Frage nach dem „C“ nicht herumkommen. Ihre verbliebenen Direktwahlkreise holte sie am 27. September weitgehend in katholisch geprägten Regionen zwischen Emsland und Oberschwaben. Gleichzeitig kann sie aus dem 35-Prozent-Turm nur wieder herauskommen, wenn sie Wähler über die kirchlich gebundenen Kernschichten hinaus zurückgewinnt. Im Verhältnis von Kirchen und Parteien könnte es in der nächsten Zeit also spannend werden. ru

Faszination

In der Lüneburger Heide wies der Dalai Lama „Buddhas Weg zum Glück“

Seine Heiligkeit, der 14. Dalai Lama, zählt zu den prägenden Gestalten einer entstehenden Weltgesellschaft, ist ein globaler Sympathieträger, eine Identifikationsgestalt. Dieses Bild setzt sich aus vielen verschiedenen Facetten zusammen. Der 63jährige, der durch nichts sein ebenso zartes wie gewinnendes Lächeln verlieren zu können scheint, verfügt unbestreitbar über eine starke persönliche Ausstrahlung, eine Mischung aus Herzlichkeit, authentischer Ernsthaftigkeit, Humor und einer Spur Selbstironie.

Zum anderen ist das geistliche und weltliche Oberhaupt der Tibeter längst zum Symbol des gewaltlosen Befreiungskampfes geworden: eines kleinen, in seiner Kultur faszinierenden, exotischen Volkes gegen die übermächtige Besatzungsmacht China. 1989 wurde der Dalai Lama, der zusammen mit mittlerweile über 100 000 Tibetern im indischen Exil lebt, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Die Faszination, die der Dalai Lama in unseren Breiten ausübt, ist aber sicherlich auch den Sehnsüchten und Projektionen hiesiger Zeitgenossen geschuldet: der Sehnsucht nach glaubwürdigen, authentischen Persönlichkeiten überhaupt, nach Vorbildern, Gurus, modernen Heiligen, wohl auch nach Vätern; der Sehnsucht nach geistig – geistlicher Tiefe, nach Ausgeglichenheit in einer hektischen und oberflächlichen, nach Sanftmut und Güte in einer latent aggressiven, die eigenen Ressourcen zerstörenden Welt. Die Selbstverständlichkeit und Würde, mit der der Dalai Lama eine selbstbewußte große religiöse Tradition verkörpert und zugleich überall, wo er auftritt, in unzähligen Interviews und Schriften Botschafter und leidenschaftlicher Prediger der Toleranz ist,